

Beitrag zur Festschrift für Univ.Prof.Dr.Werner Clement

Dr.Wilfried Stadler

Das Europäische Modell im Wettbewerb der Wirtschaftsstile: eine Standortbestimmung.

Der Zusammenbruch der zentralistischen Staatswirtschaften hat die Systemkonkurrenz zwischen Markt und Plan beendet. Seit etwa einem Jahrzehnt ist marktwirtschaftlich organisierter Wettbewerb die unbestrittene Leitidee funktionierender Wirtschaftssysteme. Keine andere Wirtschafts-Ordnung schafft so viel Wertschöpfung, keine andere kombiniert so erfolgreich Innovation und Effizienz mit schöpferischer Zerstörung (Schumpeter).

Die zu Anfang der Neunzigerjahre angesichts der Überlegenheit des Marktmodells vom amerikanischen Historiker Francis Fukuyama postulierte These vom "Ende der Geschichte" hat sich dennoch als verfrüht erwiesen. Nach dem Ende des Systemdualismus von Markt- und Planwirtschaft wurde vielmehr ein neues Kapitel der Wirtschaftsgeschichte aufgeschlagen, in dem es um eine immer deutlicher sich abzeichnende Konkurrenz der marktwirtschaftlichen Systeme geht. Stark verkürzt dargestellt steht dabei das US-amerikanische neoliberale Modell einer "Marktwirtschaft ohne Vorzeichen" (Vaclav Klaus) dem europäischen Modell gegenüber, das in seinen unterschiedlichen Ausprägungen stärker sozialstaatlichen und ökologischen Zielsetzungen folgt.

Das europäische Modell in der Defensive

Trotz der unbestrittenen Erfolge des – im deutschsprachigen Raum als Soziale Marktwirtschaft geläufigen – europäischen Modells hat es die europäische Politik bisher allerdings weitgehend versäumt, dieses selbstbewußt zu vertreten und weiterzuentwickeln. Weder die wirtschaftspolitische Neuorientierung unserer mittel- und osteuropäischen Nachbarn noch die Diskussion um eine neue Welt-Wirtschaftsordnung wurde bisher von Europa wirklich aktiv mitgestaltet. Mehrere Gründe könnten dafür ausschlaggebend gewesen sein.

Zum einen machte die überraschende Konkurrenz der neuen Marktwirtschaften viele lange verdrängte Strukturprobleme der Wohlfahrtsstaaten mit einem mal überdeutlich sichtbar. Mitunter wurde in den Transformationsstaaten sogar ein Reformtempo eingeschlagen, das die mühevoll mit halbherzigen Privatisierungen und zögerlichen Deregulierungen beschäftigten Traditions-Marktwirtschaften Nord- und Kontinentaleuropas alt aussehen ließ. Das europäische Modell befand sich daher ausgerechnet zu einem Zeitpunkt in der Defensive, als die neuen Marktwirtschaften in den mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten mitten im Aufbruch zur Systemtransformation standen.

Zum zweiten erlagen die meisten europäischen Mitgliedsstaaten auf dem ambitionierten Weg zum Binnenmarkt und zur Gemeinschaftswährung der irrigen Annahme, mit dem Ende der Konjunktursteuerung über den Staatshaushalt und einer autonomen Geldpolitik würden die nationalen wirtschaftspolitischen Gestaltungsspielräume so stark eingeengt, dass sich die Weiterentwicklung eigenständiger ordnungspolitischer Entwürfe erübrigen würde.

Zum dritten standen gerade die Neunzigerjahre, während derer sich EU-Europa auf die

Erneuerung seiner Strukturen konzentrierte, im Banne der bisher längsten Wachstumsphase der US-Konjunktur. Mit seinen perfekt geölten Kapitalmärkten, einer eindrucksvollen Arbeitsmarktbilanz und dem Technologieschub der New Economy wurde der amerikanische Weg zu einem kraftstrotzenden Symbol der "richtigen" Marktwirtschaft. Niemand mochte an der Logik übergangsloser, globaler Marktfreiheit und ihrer Durchsetzung mit den Instrumenten der Weltbank und des Währungsfonds zweifeln. Dass der beeindruckende Wirtschaftsaufschwung der USA auch mit einem hohen Handelsbilanzdefizit, steigender Ungleichheit und ökologischer Ignoranz erkauft wurde und die Auslegung der Spielregeln der Welthandelsorganisation WTO stark von den Machtgesichtspunkten der American Rules geprägt ist, wurde weitgehend verdrängt.

Schliesslich führt die aktuelle europäische Institutionen-Krise – Stichwort Vertiefung versus Erweiterung und die Frage nach Tempo und Intensität von beidem – zu ausgeprägter Selbstbeschäftigung und hält eine derzeit ohnehin mit nur wenigen Führungspersönlichkeiten gesegnete EU-Politik von weiterführenden wirtschaftspolitischen Visionen und Konzeptionen ab.

Zeit für eine Standortbestimmung

Dabei ist es gerade in Zeiten einer bevorstehenden Erweiterung der Union von allergrösster Bedeutung für die Qualität dieses Prozesses, ob es gelingt, sowohl die Bevölkerungen der EU-Staaten als auch die der Beitrittsländer hinter einem gesamteuropäischen Konsens über einige unstrittige Grundsätze der Weiterentwicklung unserer künftig gemeinsamen Wirtschaftsordnung zu versammeln.

Kein derartiger Versuch ist derzeit aber erkennbar. Vielmehr herrscht blanker Pragmatismus – der dann eine gute Sache ist, wenn dabei wirklich etwas weitergeht, sich aber selbst im Weg steht, wenn nicht klar ist, wohin die Reise gehen soll. Mitunter entsteht sogar der Eindruck, dass sich die Wirtschaftspolitik bewusst aus dem Spiel nimmt und es als ihre Hauptaufgabe betrachtet, dem Markt nicht im Weg zu stehen.

Dabei wird jedoch übersehen, dass Marktwirtschaft seit ihrer erstmaligen systematischen Entdeckung durch Adam Smith nur unter bestimmten bürger-gesellschaftlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen funktioniert. Selbst eine ihrem Verständnis nach auf Standortpolitik reduzierte Wirtschaftspolitik bedarf, wenn sie gelingen soll, zuvor einer Standortbestimmung, in der die Kriterien für die Schaffung kluger Rahmenbedingungen für die Entfaltung von Wettbewerb geklärt werden. Der Bogen reicht von einer Wettbewerbspolitik, die freien Zugang zur Konkurrenz sicherstellt über eine gerechte, international vergleichbare Besteuerung von unternehmerischer Wertschöpfung und Kapitaltransfers bis zur Sicherung von sozialen und ökologischen Mindeststandards.

Gerade in Zeiten grundsätzlich neuer wirtschaftspolitischer Kräfteparallelogramme sind diese Voraussetzungen und Rahmenbedingungen deshalb auf allen Ebenen – regional, national, europäisch und global – so zu gestalten, dass das Ergebnis ein gesellschaftlich erwünschtes ist. Wie in den erfolgreichen Gründerzeiten der Sozialen Marktwirtschaft hat Wirtschaftspolitik zum historisch einzigartigen Zeitpunkt einer erstmals wirklich globalisierten Wettbewerbswirtschaft die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen der Markt in die gewünschte Richtung wirkt: Wohlstand für möglichst viele, sozialer Ausgleich für die Schwächeren und ein auf Nachhaltigkeit ausgerichteter Umgang mit Ressourcen und Umwelt.

Ordnungspolitik: Ort der Moral in einer werte-pluralen Gesellschaft

Rüdiger Soltwedel vom Kieler Institut für Weltwirtschaftslehre hat in seinem Forschungsprojekt über “Weiterentwicklung und Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft” klar herausgearbeitet, dass Ethik und wirtschaftliches Handeln in der modernen Gesellschaft am besten dadurch in einen sowohl wirtschaftlich wie auch gesellschaftlich nützlichen Zusammenklang gebracht werden können, dass das unternehmerische Handeln der Bürger unter Beachtung bestimmter Regeln und Rahmenbedingungen stattfindet.

Es gehört in diesem Sinn zur moralischen Verantwortung von Politikern, Führungskräften und Ökonomen, an der ständigen Weiterentwicklung angemessener Rahmenbedingungen für eine Wettbewerbsordnung zu arbeiten, die den alten Zielkonflikt von Effizienz und Gerechtigkeit zu entschärfen hilft. Eine moderne, werte-plurale Gesellschaft hat hier ihren kleinsten gemeinsamen Nenner – alles weitere individuelle Handeln kann sich im Rahmen der gefundenen allgemeinverbindlichen Regeln und Institutionen entfalten.

Gesucht ist eine unter geänderten Voraussetzungen jeweils erneuerte, “kluge Gewaltenteilung zwischen Ökonomie und Politik” (Safransky). Aus dieser Zielsetzung geht ganz klar ein Primat des politischen gegenüber dem ökonomischen System hervor – worin wohl der zentrale Unterschied des europäischen gegenüber dem amerikanischen Ansatz liegt.

Eine oft vernachlässigte Erfolgsvoraussetzung eines mit Demokratie verbundenen, ja sie sogar voraussetzenden Wirtschaftssystems wie der Marktwirtschaft ist nun einmal, dass dieses System “Sinn macht” und über die einzelwirtschaftliche Wertschöpfung hinaus auch gesamtgesellschaftlich Wert-voll ist.

Es geht daher um klare Spielregeln für das Nutzbarmachen marktwirtschaftlicher Dynamik, damit Soziale Marktwirtschaft als treibendes Element von “Wohlstand für Alle” (Ludwig Erhard) nicht nur als europäischer Leitstil einer modernen Wettbewerbswirtschaft sondern auch als Gestaltungselement der neuen internationalen Wirtschaftsordnung gesehen werden kann.

Die globale Reichweite der “unsichtbaren Hand”

Die reifen Ökonomien haben es in der Hand, die marktwirtschaftlichen Transformationsländer im Rahmen einer neuen internationalen Arbeitsteilung zu den Teilnehmern eines Positiv-Summen-Spieles zu machen. Sie haben aber auch zu berücksichtigen, dass in vielen Ländern erst die allereinfachsten Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um überhaupt am Wettbewerb teilzunehmen: Eigentumsrechte, ein rechtsstaatlicher Rahmen, ein allgemeines Bildungssystem mit chancengleichem Zugang für alle.

Fast ein Drittel der Menschheit lebt in Transformationsländern, die mit unterschiedlicher Geschwindigkeit Marktkräfte freisetzen, der individuellen Entfaltung unternehmerischer Initiative Spielräume geben und schrittweise die Basis für Massenwohlstand schaffen. Auch wenn die Startbedingungen der noch jungen Marktwirtschaften mitunter an den Manchester-Liberalismus erinnern, stellt doch die Globalisierung der Märkte auch eine Chance auf eine Globalisierung des Individualismus und der Bürgerrechte dar. Entfaltung-Hilfe für eigenverantwortetes Wirtschaften kann damit zur wirksamsten Form von Entwicklungs-Hilfe werden.

Die “unsichtbare Hand” (Adam Smith), mit der aus der millionenfachen eigen-nützlichen

Aktivität von Bürgern etwas gesamtwirtschaftlich Nützliches entsteht, reicht heute weiter denn je. Die Revolution der Informationstechnologie trägt die Chancen der Informationsgesellschaft in die entlegensten Gegenden. Die Gleichheit der Zugangsmöglichkeiten wirkt auch hier demokratisierend, befreit von traditionalistischen Fesseln. Konkrete, persönliche Aufstiegsmöglichkeiten gibt sie selbst in starren Standesgesellschaften – wie etwa jener Indiens, wo jungen Computerspezialisten der soziale Aufstieg gelingt, weil sie zur neuen “Kaste” der leistungsbereiten, mobilen Informationsdienstleister gehören.

Länder, die ganz am Beginn einer Marktöffnung stehen und noch keinen breiten, mittelständischen Marktsektor haben, können jedoch an der übereilten Konfrontation mit dem Wettbewerb der entwickeltesten Marktwirtschaften erkranken: Ohne eigenen Mittelstand bauen sie Abhängigkeiten auf und werden zu – langfristig politisch schwer integrierbaren – Wirtschaftskolonien.

Der mexikanische Schriftsteller und Politiker Carlos Fuentes hat stellvertretend für andere Entwicklungsregionen darauf hingewiesen, dass weltweiter Freihandel nur dann in die gewünschte Richtung wirkt, wenn seine Regeln die Voraussetzung für eine gemeinsame, gleichrangige Weiterentwicklung von Wirtschaftswachstum, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit schaffen. Wenn nur die erste Dimension berücksichtigt wird, droht hingegen der Rückfall in gesellschaftliche Spaltung und autoritäre Traditionen.

Globale Marktfreiheit allein ist deshalb kein ausreichendes wirtschaftspolitisches Programm. Nur mit einem glaubwürdigen ordnungspolitischen Konzept, mit klaren Vorstellungen von den politischen Zielsetzungen und dem richtigen Weg zu ihrer Umsetzung kann eine gesellschaftspolitische Zerreißprobe vermieden werden. Dabei gilt es, bei uns und bei den neuen Marktpartnern einerseits jenes Grundvertrauen zu erhalten und aufzubauen, das unsere Gesellschaften zusammenhält und den Wandel verkraftbar macht und andererseits die dauerhafte Spaltung von Wirtschaftsräumen mit unterschiedlichen Entwicklungs- und Wohlstandsniveaus zu verhindern.

Die Legitimität von Wirtschaftspolitik

Der noch junge amerikanische Philosoph Jedediah Purdy hat erst kürzlich vor den Gefahren einer schleichenden Delegitimierung von Politik gewarnt. Er erinnert daran, dass im Kern jede Vorstellung von politischer Legitimität auf der Annahme beruht, dass wir Politik benötigen. “Wenn wir nicht sagen können, wofür wir Politik brauchen, was wir von unseren Institutionen und unseren Politikern erwarten, haben wir keinen Grund, sie für legitim zu halten. Wenn Politik nur eine Seifenoper ist, eine Schlacht um Privilegien zwischen prinzipienlosen Eliten, dann wird die Frage nach Legitimität absurd.”

Wenn wir uns daran gewöhnen, dass Zufriedenheit zur Untugend wird, Wachstum zum Selbstzweck, Solidarität zum Sonntagbekenntnis, Werte eine Sache für Gutmenschen und Flexibilität wichtiger als Bindungen, dann verbrauchen wir jenes Sozialkapital, ohne das wir den nachhaltigen gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden.

Soziale Marktwirtschaft ist kein sozialromantisches Missverständnis. An ihrem Beginn stand ein Werte-Konsens: die Allianz eines humanistisch geprägten Ordo-Liberalismus mit Vorstellungen der christlichen Sozialethik, mit der das von der Kriegsgeneration leidvoll erlebte, doppelte Versagen des Laissez-Faire der Dreißigerjahre und der Planwirtschaft überwunden werden sollte. Nach fünf Jahrzehnten ungebrochener Erfolge würden die

europäischen Gesellschaften eine sang- und klanglose Ablösung dieses Modells wohl kaum ohne beträchtliche gesellschaftliche Kollateralschäden überstehen.

Es ist eine europäische Erfahrung, dass zuviel Ungleichheit zur gesellschaftlichen Spaltung führt. Wachsende Ungleichheit aber ist sowohl am einen Ende des Spektrums für die USA als höchst entwickelter Marktwirtschaft der Welt zu beobachten wie auch am anderen Ende des Spektrums in den ehemaligen Planwirtschaftsländer. Dazwischen bangen die entwickelten Marktwirtschaften mit ihrer gut durchmischten Einkommensverteilung und einem starken Mittelstand um die Sicherung ihres (europäischen) Gesellschaftsmodells.

Für einen Wettbewerb der Wirtschaftsstile

Europa muss in der Neuordnung der Weltwirtschafts-Ordnung deshalb daran gelegen sein, das Thema einer Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft offensiv zu entwickeln, will es seinen eigenen Bürger-Konsens nicht gefährden. Und es muss das Thema streithaft vorantragen – in den internationalen Gremien, in bilateralen Gesprächen, gegenüber den Transformationsländern – um die USA für die Mitwirkung an dem überfälligen Versuch zu gewinnen, den freien Märkten einen sozialen und ökologischen Rahmen zu geben.

Statt einen allein seligmachenden Welt-Ansatz mit Ausschliesslichkeitsanspruch zu forcieren, wie es für das via Weltbank und Währungsfonds forcierte, neoliberale US-Modell kennzeichnend ist, geht es dabei um die Stärkung jener marktwirtschaftlichen Stile, die einerseits auf verbindlichen Rahmenbedingungen für die Finanz- Güter- und Dienstleistungsmärkte, andererseits auf sozialem Ausgleich und Umweltverträglichkeit beruhen.

So wie auf der Ebene der Unternehmen Wettbewerbspolitik für das Funktionieren von Marktwirtschaft zu sorgen hat, braucht auch die globale Evolution der Marktwirtschaft einen Wettbewerb der Wirtschaftsstile. Es stellt deshalb eine zentrale Herausforderung der supranationalen Wirtschaftspolitik dar, bei der Ausformung einer regelgebenden Ordnungspolitik einen fairen Wettbewerb der Wirtschaftsstile zuzulassen, der die Tatsache unterschiedlicher regionaler und kultureller Grundvoraussetzungen für den richtigen Einsatz des Wertschöpfungs-Instruments Marktwirtschaft respektiert.

Wenn mit der Einführung des Euro in barer Form zu Beginn des kommenden Jahres das angeschlagene Selbstbewußtsein Europas ob des schwachen Euro-Aussenkurses gegenüber dem US-Dollar (ein zusätzlicher Grund für die oben erwähnte, bisherige wirtschaftspolitische Selbstlähmung) wieder hergestellt ist, könnte ein gesteigertes Selbstvertrauen der EU zur Entwicklung eines eigenständigen Konzeptes beitragen, “welches den Wertvorstellungen und Lebensgewohnheiten der Europäer entspricht und daher nach einer Integration der gegensätzlichen “Pole” individuell/sozial, Eigennutz/Gemeinwohl, Markt/Politik sowie Konkurrenz/Kooperation strebt.” (Stefan Schulmeister)

Als systemischer Ansatz von Wirtschaftspolitik könnte dabei das Modell der Sozialen Marktwirtschaft – gewissermassen im wettbewerblichen Gegensatz zum neoliberalen Modell – ein chancenreicher Ausgangspunkt in der Diskussion um eine Erneuerung nicht nur der nationalen und supranationalen (europäischen) sondern auch der globalen Ordnungspolitik sein.

Literaturverzeichnis:

- Bertelsmann Stiftung, Heinz Nixdorf Stiftung, Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.) (1994): Markt mit Moral – das ethische Fundament der Sozialen Marktwirtschaft. Beiträge einer Fachkonferenz, Gütersloh.
- Clement, Werner (1998), Marktwirtschaft und Liberalismus, Tagungsreferat, Kongress des Österr. Wirtschaftsbundes “Marktwirtschaft 2000 – Wirtschaft schafft Arbeit”
- Erhard, Ludwig (1949). Das Problem der freien Marktwirtschaft. Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung
- Fuentes, Carlos (1998), Keine Angst vor Micky Maus. Die Weltwoche, Nr. 16/1998
- Giersch, Herbert (1994) Die Moral als Standortfaktor. Frankfurter Allgemeine Zeitung, vom 31. Dezember 1994, S. 30f
- Hayek, Friedrich A. von (1968). Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren. Kieler Vorträge, Nr. 56, Kiel.
- Homann, Karl (1994), Ethik und Ökonomik, Zur Strategie der Wirtschaftsethik, in: Ders. (Hrsg.), Wirtschaftsethische Perspektiven I: Theorie, Ordnungsfragen, Internationale Institutionen, Schriften des Vereins für Socialpolitik N.F., Bd 228/I, Berlin, S 9-30.
- Küng, Hans (1997). Weltethos für Weltpolitik und Weltwirtschaft. München/Zürich
- Soltwedel, Rüdiger (1999). Effizienz und Gerechtigkeit – Ethik und wirtschaftliches Handeln in der modernen Gesellschaft. In: Aiginger/Farnleitner/Koren/Raidl/Stadler (Hrsg.): Impulse für das Unternehmen Österreich – Eine Experten-Agenda zur Zukunftssicherung. Wien: Ueberreuter. S 29-42.
- Müller-Armack, Alfred (1956), Soziale Marktwirtschaft, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Stuttgart/Tübingen/Göttingen, S 390 ff.
- Popper, K.R. (1984), Auf der Suche nach einer besseren Welt, Vorträge und Aufsätze aus dreissig Jahren, München/Zürich.
- Purdy, Jediah (2000), Die Chance im Debakel, in: Die Zeit Nr. 47, S 11
- Röpke, Wilhelm (1958), Jenseits von Angebot und Nachfrage, Bern.
- Safransky, Rüdiger (1997), Das Böse oder Das Drama der Freiheit, München/Wien.
- Schmitz, Wolfgang (1981), Was macht den Markt sozial? Die Grundzüge der Sozialen Marktwirtschaft, Dr.Karl-Kummer-Institut, Wien.
- Schulmeister, Stefan (1999). Die Zukunft des Europäischen Modells. In: Aiginger/Farnleitner/Koren/Raidl/Stadler (Hrsg.): Impulse für das Unternehmen Österreich, a.a.O. S 43-51
- Stadler, Wilfried (1998). Wirtschaftsordnung, Weltethos und der Lopez-Effekt: ein Diskussionsbeitrag zur Ordnungspolitik im Zeitalter des Shareholder-Value. In: Wirtschaftspolitische Blätter
- Stadler, Wilfried (1997). Nicht Globalisierungsfalle, sondern Provinzialisierungsfalle. Skizzen zur Diskussion über Globalisierung. In: Conturen Nr. 1/1997, Wien, S 5-10.